

Einstellungen gegenüber Minderheitengruppen in West- und Ostdeutschland

Eine Analyse der Eurobarometer 2000 Erhebung
im Auftrag der



**Europäischen Stelle zur Beobachtung
von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit**

Durchgeführt von

**SORA,
Wien Österreich**

Autorin:

Eva Thalhammer

Wien, April 2001

Einstellungen gegenüber Minderheitengruppen in West- und Ostdeutschland

Aus der jüngsten Erhebung der EUMC über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die in die standardmäßige Eurobarometer-Erhebung¹ im Frühjahr 2000 aufgenommen wurde, lassen sich klare Erkenntnisse über die Einstellungen gegenüber Minderheiten in West- und Ostdeutschland ableiten. Zwischen West und Ost bestehen zwar Unterschiede, aber man kann nicht generell behaupten, dass die Menschen in dem einen Teil Deutschlands eine negativere oder positivere Haltung zeigen als jene in dem anderen Teil.

In ganz Deutschland ist die Akzeptanz gegenüber Zuwanderern, insbesondere jenen, die in der EU arbeiten wollen, gering. Die Deutschen befürworten die Repatriierung von Zuwanderern etwas stärker als andere Europäer. Allerdings hat diese Tendenz im Zeitraum 1997-2000 abgenommen. Die Befürwortung von politischen Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens von Mehrheiten und Minderheiten ist mit der anderer Europäer vergleichbar und ließ in diesem Zeitraum einen geringfügigen Rückgang erkennen.

Toleranz und Intoleranz in West- und Ostdeutschland

Im Rahmen der Erhebung wurde eine Typologie der Menschen nach ihrer Haltung gegenüber Minderheitengruppen auf EU-Ebene erstellt. In der Typologie wird die Bevölkerung in vier Gruppen unterteilt: aktiv tolerant, intolerant, ambivalent und passiv tolerant.

- **Aktiv tolerant**

Als „tolerant“ eingestufte Personen (24% der Bevölkerung in Westdeutschland und 21% in Ostdeutschland) empfinden die Anwesenheit von Menschen aus verschiedenen Minderheitengruppen nicht als störend. Sie vertreten die Ansicht, dass Minderheiten eine Bereicherung für die Gesellschaft darstellen. Sie fordern darüber hinaus keine Assimilation. Diese Gruppe unterstützt nicht die Repatriierung von Zuwanderern bzw. eine restriktive Aufnahme von Zuwanderern. Unter ihnen ist die Befürwortung von politischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rassismus am stärksten.

- **Intolerant**

Als „intolerant“ eingestufte Personen (17% der Bevölkerung in Westdeutschland und 18% in Ostdeutschland) vertreten eine sehr negative Haltung gegenüber Minderheitengruppen. Sie empfinden Menschen aus verschiedenen Minderheitengruppen als störend und betrachten Minderheiten nicht als Bereicherung der Gesellschaft. Sie fordern eine umfassende Assimilation. Darüber hinaus befürwortet diese Gruppe die Repatriierung und die sehr restriktive Aufnahme von Zuwanderern.

¹ Eurobarometer ist ein Meinungsumfrageinstrument der Europäischen Union, mit dem die Werte und Einstellungen, deren Unterschiede und Veränderungen in Europa zweimal jährlich betrachtet werden. Diese spezifische Erhebung über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wurde von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit initiiert und in Auftrag gegeben und von INRA (EUROPE) – E.C.O. durchgeführt. Im Zeitraum vom 5. April bis zum 23. Mai 2000 wurden insgesamt 16 078 Personen in den 15 Mitgliedstaaten der EU befragt. In jedem Land wurden durchschnittlich 1 000 Befragungen durchgeführt. In Deutschland wurde die Befragung getrennt nach Ost und West durchgeführt.

- **Ambivalent**

Als „ambivalent“ eingestufte Personen (28% der Bevölkerung in Westdeutschland und 31% in Ostdeutschland) vertreten eine zwiespältige Haltung gegenüber Minderheitengruppen. Sie sind einerseits der Ansicht, dass Minderheiten keinen positiven Einfluss auf die Gesellschaft ausüben – sie befürworten nachdrücklich die Assimilation von Minderheitengruppen. Andererseits empfinden sie Minderheitengruppen nicht als störend. Bei der Bewertung der „restriktiven Aufnahme“ und der „Repatriierung“ bewegte sich diese Gruppe im Mittelfeld. Diese Ambivalenz hat keine Auswirkungen. Die Gruppe zeigt keine Unterstützung für die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus.

- **Passiv tolerant**

Als „passiv tolerant“ eingestufte Personen (29% der Bevölkerung in Westdeutschland und 30% in Ostdeutschland) vertreten eine allgemein positive Haltung gegenüber Minderheitengruppen, zeigen jedoch keine Unterstützung für politische Maßnahmen zugunsten von Minderheiten. Sie empfinden Minderheiten nicht als störend und vertreten die Ansicht, dass Minderheiten eine Bereicherung der Gesellschaft darstellen können. Daher sind sie nicht dafür, dass Minderheiten ihre eigene Kultur aufgeben und die der Mehrheit annehmen. Passive Toleranz drückt sich durch mittlere Werte bei der restriktiven Aufnahme aus und zeigt keine Auswirkungen. Die Gruppe unterstützt weder politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus, noch befürwortet sie die Repatriierung von Zuwanderern.

Tabelle 1: Typologie der Befragten in Ost- und Westdeutschland nach ihrer Haltung gegenüber Minderheiten, unterteilt nach Altersgruppen

		intolerant	passiv tolerant	aktiv tolerant	ambivalent	gesamt
West	15 - 24 Jahre	13	35	29	23	100
	25 - 39 Jahre	15	30	31	24	100
	40 - 54 Jahre	14	29	22	34	100
	55 + Jahre	26	25	18	30	100
	gesamt	18	29	24	28	100
Ost	15 - 24 Jahre	26	30	25	18	100
	25 - 39 Jahre	18	30	23	29	100
	40 - 54 Jahre	12	35	22	31	100
	55 + Jahre	17	27	18	38	100
	gesamt	17	30	21	31	100

Obwohl der Anteil intoleranter Personen in West- und Ostdeutschland ähnlich ist, sind Unterschiede bei den einzelnen Altersgruppen erkennbar. In Westdeutschland werden 13% der 15- bis 24-Jährigen als intolerant eingestuft. In Ostdeutschland ist der Anteil in dieser Altersgruppe dagegen doppelt so hoch (26%). Dagegen sind im Osten nur 17% der älteren Generation (55-Jährige und älter) intolerant, im Westen dagegen 26%. Im Westen gibt es viel mehr tolerante Jugendliche als im Osten, aber dafür gibt es viel mehr ältere tolerante oder ambivalente Menschen im Osten als im

Westen. Intoleranz ist ein Phänomen der jungen Generation in Ostdeutschland und der älteren Generation in Westdeutschland.

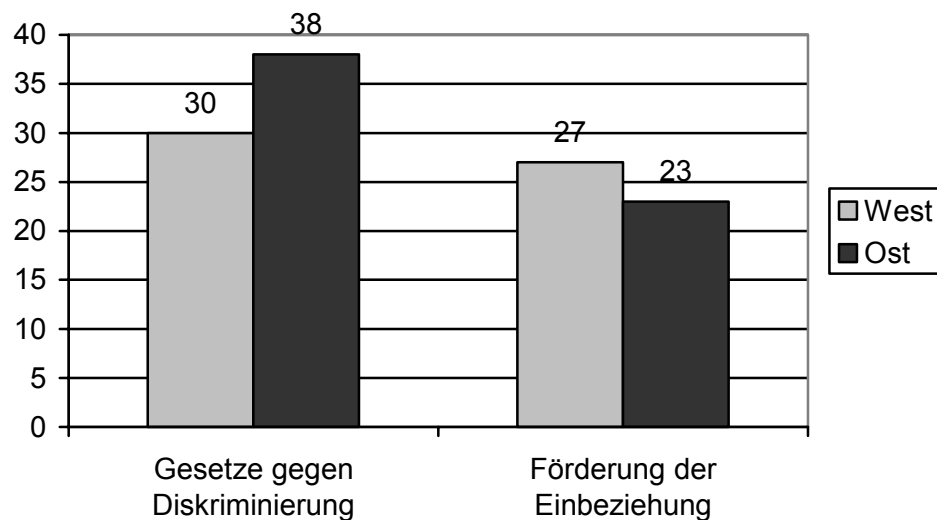
Haltung in West- und Ostdeutschland

Hinsichtlich der politischen Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens sind zwei statistisch signifikante Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland erkennbar: Bei Ostdeutschen treffen gesetzliche Vorschriften auf stärkere Befürwortung als im Westen (Abbildung 1).

So waren 38% der Befragten in Ostdeutschland der Ansicht, dass Gesetze gegen Diskriminierung von Minderheitengruppen die Beziehungen zwischen Menschen verschiedener Rassen, Glaubensrichtungen und Kulturen verbessern könnten. In Westdeutschland vertraten nur 30% diese Meinung.

In Westdeutschland waren 27% der Ansicht, dass die Förderung der Einbeziehung dieser Minderheitengruppen in das politische Leben in Deutschland die Beziehungen zwischen Menschen verschiedener Rassen, Glaubensrichtungen und Kulturen verbessern könnte. In Ostdeutschland waren nur 23% dieser Ansicht.

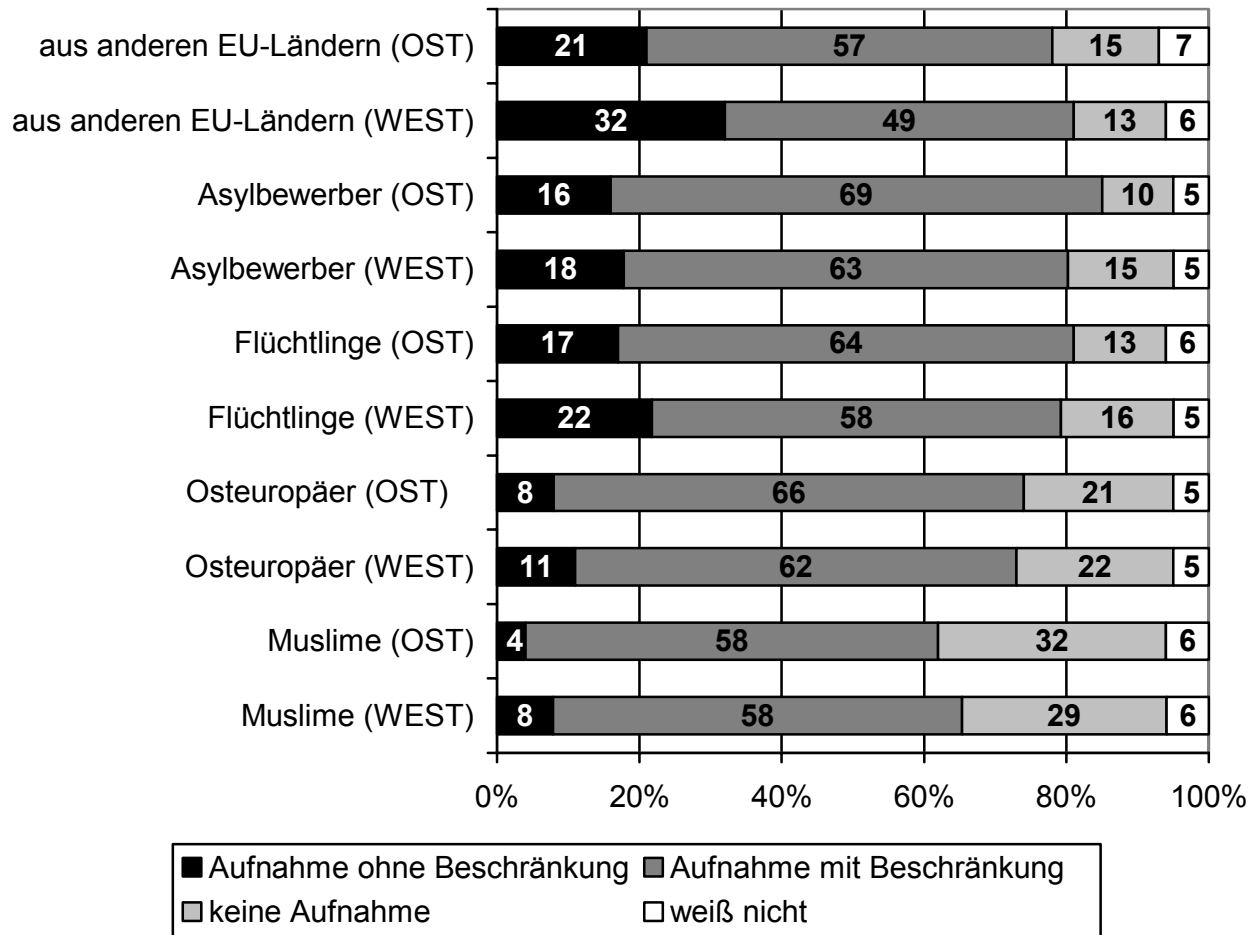
Abbildung 1: Befürwortung von politischen Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens in West- und Ostdeutschland



Die Ostdeutschen sind auch im Bereich der Befürwortung der kulturellen Assimilation stärker gesetzesorientiert: Die Befragten in Ostdeutschland (68%) stimmen eher als die Westdeutschen (59%) der Aussage zu, dass Personen aus Minderheitengruppen die Bereiche ihrer Religion und Kultur aufgeben müssen, die eventuell mit dem Gesetz im Konflikt stehen, um vollständig akzeptierte Mitglieder der Gesellschaft zu werden.

Die Menschen in Westdeutschland sind eher zur Aufnahme von Zuwanderern geneigt als die Menschen in Ostdeutschland.

Abbildung 2: Aufnahme von Zuwanderern in West- und Ostdeutschland



Menschen aus moslemischen Ländern, die in der EU arbeiten wollen, werden am wenigsten vorbehaltlos akzeptiert. 8% der befragten Westdeutschen und nur 4% der befragten Ostdeutschen befürworten eine unbeschränkte Aufnahme von Zuwanderern aus moslemischen Ländern. Die meisten Befragten (58%) in Deutschland gaben an, Menschen aus moslemischen Ländern sollten mit Einschränkungen aufgenommen werden. In Ostdeutschland vertritt jeder dritte Bürger (32%) die Ansicht, dass Menschen aus moslemischen Ländern nicht aufgenommen werden sollten, im Westen vertraten 29% diese Ansicht.

Auch Menschen aus Osteuropa, die im Westen arbeiten wollen, treffen in Deutschland auf wenig Akzeptanz. Dabei besteht kein statistisch signifikanter Unterschied zwischen West und Ost.

22% der befragten Westdeutschen befürworten die unbeschränkte Aufnahme von Flüchtlingen aus Ländern mit schweren innerstaatlichen Konflikten. In Ostdeutschland liegt dieser Anteil bei 17%. Der Anteil der Befragten, die die Aufnahme dieser Zuwanderer nicht befürworten, liegt in Westdeutschland allerdings höher (16%) als in Ostdeutschland (13%).

Am stärksten ist die Befürwortung der Aufnahme von Personen, die in ihrem Land unter Menschenrechtsverletzungen leiden und politisches Asyl beantragen, allerdings mit Beschränkung.

63% der Westdeutschen und 69% der Ostdeutschen haben sich dafür ausgesprochen. 18% der Befragten in Westdeutschland sind für eine Aufnahme ohne Beschränkung, während 15% jede Aufnahme ablehnen. Bei den Menschen in Ostdeutschland liegt dieser Anteil bei 16% bzw. 10%.

Bürger aus anderen EU-Ländern, die in Deutschland arbeiten, sind die am ehesten vorbehaltlos akzeptierten Zuwanderer.

Die Menschen in Ostdeutschland machen Minderheiten eher für Missstände verantwortlich als die Menschen in Westdeutschland.

Tabelle 2: Schuldzuweisung an Minderheiten für Missstände in West- und Ostdeutschland

	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Weiß nicht
In Schulen mit zu vielen Kindern dieser Minderheiten sinkt die Qualität des Unterrichts (WEST)	60*	26*	14*
(OST)	48*	35*	17*
Angehörige dieser Minderheitengruppen nutzen das soziale System aus (WEST)	54*	28*	18*
(OST)	60*	22*	18*
Die Anwesenheit von Angehörigen dieser Minderheitengruppen ist ein Unsicherheitsfaktor (WEST)	42*	37*	21*
(OST)	51*	32*	18*
Angehörige dieser Minderheitengruppen werden von Behörden bevorzugt behandelt (WEST)	26	55	19
(OST)	26	51	23
Durch die Anwesenheit von Angehörigen dieser Minderheitengruppen erhöht sich die Arbeitslosigkeit (WEST)	57*	27*	16*
(OST)	65*	22*	13*
Sie (die Zuwanderer) sind überdurchschnittlich oft an Straftaten beteiligt (WEST)	57*	29*	14*
(OST)	67*	19*	14*

*statistisch signifikant

Eine Ausnahme bildet allerdings das Ergebnis auf die Aussage, dass in Schulen mit zu vielen Kindern von Minderheitengruppen die Qualität des Unterrichts sinkt. In Ostdeutschland stimmen 48% der Befragten dieser Aussage zu, während es in Westdeutschland 60% sind.

Die Mehrheit der befragten Ostdeutschen (60%) stimmen der Aussage zu, dass Angehörige von Minderheitengruppen das soziale System ausnutzen. In Westdeutschland stimmen 54% dieser Aussage zu.

Über die Hälfte der Befragten in Ostdeutschland (51%) sind der Ansicht, dass die Anwesenheit von Angehörigen von Minderheitengruppen die Unsicherheit erhöht. In Westdeutschland liegt dieser Anteil niedriger (42%).

Hinsichtlich des Ergebnisses auf die Aussage, dass Angehörige dieser Minderheitengruppen von den Behörden bevorzugt behandelt werden, gab es keine wesentlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. 26% der Menschen in beiden Teilen Deutschlands stimmten dieser Aussage zu.

Die meiste Zustimmung wurde auf die Aussage verzeichnet, dass sich durch Angehörige von Minderheitengruppen die Arbeitslosigkeit in Deutschland erhöht und dass Zuwanderer überdurchschnittlich oft an Straftaten beteiligt sind.

West- und Ostdeutsche vertreten hinsichtlich eines multikulturellen Optimismus eine ähnliche Haltung. Der einzige Unterschied wurde bei der Aussage festgestellt, dass in Schulen, die die erforderlichen Bemühungen unternehmen, der Unterricht aller Kinder durch die Anwesenheit von Kindern von Minderheitengruppen bereichert werden kann. Dieser Aussage stimmten 51% der Befragten in Westdeutschland und 56% der Befragten in Ostdeutschland zu.

Bezüglich der Frage, ob sie die Anwesenheit von Angehörigen anderer Staatszugehörigkeit, Rasse oder Glaubensrichtung im Alltag als störend empfinden, ergaben sich keine wesentlichen Unterschiede zwischen West und Ost. Drei Viertel aller Deutschen empfinden die Anwesenheit dieser Menschen nicht als störend.

Hinsichtlich der Forderung nach (bedingter) Repatriierung von Zuwanderern wurden zwischen West und Ost keine wesentlichen Unterschiede festgestellt.

Die vollständige Eurobarometer-Erhebung ist als 64-seitige Veröffentlichung erhältlich bzw. kann im Internet von der EUMC-Website: <http://eumc.eu.int> heruntergeladen werden.